

/// Einführung

WIE GEHT ES WEITER?

GERHARD HIRSCHER /// Diese Bundestagswahl wird anders sein als alle bisherigen Bundestagswahlen. Die Amtsinhaberin tritt nicht mehr an. Die führende Regierungspartei kann daher nicht mit einem Amtsbonus rechnen. Die Corona-Pandemie überlagert gegenwärtig alle anderen Themenfelder, aber diese bleiben in ihrer Relevanz erhalten und fordern die Parteien in ihrer jeweiligen Lösungskompetenz. Wer immer die neue Bundesregierung stellt, wird sich mit den Folgen von Corona noch lange beschäftigen müssen. Das Wahljahr 2021 könnte einen grundlegenden Einschnitt in die deutsche Politik bedeuten.

Wahlen im Schatten von Corona – diese Überschrift hätte man sich Ende letzten Jahres für das Superwahljahr 2021 sicher nicht gewünscht. Aber sie wird wohl auch die Bundestagswahl am 26. September 2021 beschreiben – und alle noch ausstehenden Landtagswahlen ebenfalls. Allein die technischen Unwägbarkeiten sind enorm: Unsere parlamentarische Demokratie betritt Neuland und noch nie waren die Möglichkeiten für den Wahlkampf so unklar wie heute. Die Parteien können ihr Angebot

den Wählern kaum direkt präsentieren. Unmittelbarer Kontakt mit den Kandidaten ist wahrscheinlich gar nicht möglich und Großveranstaltungen dürfte es überhaupt nicht geben. Welche Konsequenzen hat es, wenn die Volksparteien das Volk nur elektronisch kontaktieren können, wenn es keine Öffentlichkeit mit Face-to-Face-Kontakt gibt, wenn die große Masse der Wähler gar nicht mehr ins Wahllokal will (oder darf?), sondern in den Wochen zuvor ihre Stimmzettel anderswo ausfüllt?



Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag – eine Wahl unter völlig neuen Vorzeichen

Jenseits der technischen Konsequenzen stellt sich die Frage nach den politischen Folgen der Corona-Krise. Die beiden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 14. März 2021 zu Beginn des Superwahljahres haben die jeweiligen Regierungskoalitionen bestätigt. Ist es also so, dass Regierung und Exekutive als Krisenmanager profitieren? Ob das für die Bundestagswahl auch gilt, ist mehr als zweifelhaft. Eher wird die Hoffnung auf Besserung nach Überwindung der Pandemie zum Tragen kommen. Ein Wechsel im Amt des Bundeskanzlers ist (nach dem Verzicht der Kanzlerin auf eine neue Kandidatur) sicher, ein Wechsel der Regierungskoalition mit sehr hoher Wahr-

scheinlichkeit ebenfalls. Aber was kommt dann? Am wahrscheinlichsten scheint eine neue Bundesregierung unter Führung von CDU und CSU – in welcher personellen Konstellation auch immer. Aber angesichts der volatilen Stimmungslage und der bisherigen Fragmentierung der Parlamente ist auch ein Bündnis gegen die Union möglich.

Der Ausgang der Bundestagswahl Ende September ist völlig OFFEN.

Sicher ist nur: Die Karten werden neu gemischt. Die Corona-Pandemie und ihre Folgen werden auch weiterhin viele Unwägbarkeiten bringen. Gleichzeitig sind die bisherigen Faktoren, die die politische Partizipation in unserem Land in den letzten Jahren bestimmt haben, weiterhin wirksam, wie alle Autoren dieses Schwerpunkts beschreiben. Aber es ist auch offensichtlich, wie Karl-Rudolf Korte betont, dass wir es nicht mit einer Krise des parlamentarischen Systems zu tun haben. Ganz im Gegenteil: Die „Distanz-Demokratie“ hat zu höherer Resilienz in der Bevölkerung geführt. Aber Korte lässt keinen Zweifel an der Bedeutung der Problemlösungsfähigkeit der Parteien und der Spitzenkandidaten: Die Corona-Krise werde „wahlentscheidend“ sein. Entscheidungspolitik wird sich stärker manifestieren als die Darstellungspolitik früherer Jahre. Die „außeralltägliche Logik“ dieses Wahljahres lässt viele Alternativen offen – der Wunsch nach Kontinuität in der Krise ist ein Vorteil für die Regierungsparteien, lässt aber für die Oppositionsparteien (außer der AfD) alles offen.

Noch ein Beleg für die Resilienz in der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland: Extremisten und Populisten konnten bisher von der Corona-Krise nicht profitieren. Zwar gibt es immer wieder Aktionen und Demonstrationen von Impfgegnern und Querdenkern, an die sich auch radikalere Gruppen und Systemfeinde andocken. Aber im deutschen Parteienspektrum (im Bund wie in den Ländern) sieht es anders aus: Eckhard Jesse zeigt, dass AfD wie Linke als „populistische Parteien“ nicht von der Dynamik der Krisenbewältigung profitieren konnten. Stärker wirkt sich für diese Parteien ihre relative Verankerung in Ostdeutschland aus – bei der

Linken rückläufig, für die AfD aber die einzige (und wahrscheinlich) vergebliche Hoffnung auf Direktmandate oder mindestens einer überdurchschnittlichen Akzeptanz. Aber auch dort wurde das Sentiment der Vernachlässigung und der bisweilen daraus resultierenden Unzufriedenheit überlagert durch Corona und die Folgen. Auch wenn, wie manche Wissenschaftler vermuten, ein Fünftel der Bevölkerung in West- wie Ostdeutschland für populistische oder gar extremistische Angebote empfänglich sein sollte, hat auch die jüngste Vergangenheit gezeigt: Die Mitte ist stabil. Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung sieht sich dort verankert und will von dort auch regiert werden.

Viele unterschiedliche Themenfelder werden den **AUSGANG der Bundestagswahl bestimmen – nicht nur Corona.**

Wichtig ist aber auch: Die Bundestagswahl kann und wird sich nicht nur um Corona drehen. Wie Stefan Müller in seinem Beitrag unterstreicht, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt ein entscheidender Faktor, der bei der Wahlentscheidung und deswegen auch im Wahlkampf berücksichtigt werden muss. Die Politik müsse nicht nur auf die sozioökonomische Konfliktlinie Rücksicht nehmen – das wird angesichts der ökonomischen Konsequenzen der Pandemie-Bekämpfung ohnehin keine leichte Aufgabe. Die ökologische

Frage und die kulturelle Identitätsfrage seien ebenfalls vorrangig zu beantworten. Die außenpolitischen Herausforderungen nehmen zusätzlich einen immer größeren Raum ein. Die Neupositionierung der EU oder die Rolle Deutschlands in der NATO sind vorrangige Aufgaben der deutschen Politik angesichts der Politik von Russland und China, die die „Systemfrage“ stellen. Die Notwendigkeit der schnelleren Modernisierung durch Digitalisierung wird sich noch verstärken.

Insofern liegt in der Bundestagswahl 2021 und im Wahlkampf dafür auch eine Chance: Dieser Wahlkampf wird, so Stefan Müller, der digitalste aller Zeiten. Viele Formen der Kommunikation innerhalb des politischen Betriebs sowie der Politik mit der Gesellschaft werden auch nach Corona erhalten bleiben und ausgebaut werden. Wenn Wirtschaft und Gesellschaft, Schule und Bildung einen Digitalisierungsschub erleben, dann muss die Politik auch für ihren internen Betrieb darauf reagieren. Die Ausweitung der Willensbildung in den digitalen Raum – nicht nur bei Veranstaltungen, sondern auch bei Abstimmungen – wird die Politik und die Parteien modernisieren. Dies kann Entscheidungen beschleunigen und neue Partizipationsmöglichkeiten ermöglichen. Für die Volksparteien liegt darin die Perspektive, auch in Zukunft die zentralen Instrumente der Willensbildung in unserem politischen System zu bleiben. ///



/// DR. GERHARD HIRSCHER

ist Leiter der Leitungsstelle Grundlagen der Demokratie, Parteienforschung, Wahlforschung der Hanns-Seidel-Stiftung, München.